



Gesundheit, Bildung, Soziale Sicherheit

Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte fördern

Die Herausforderung

Weltweit nutzen weit über 200 Millionen Frauen und Paare keine sicheren Methoden der Familienplanung, obwohl sie den Wunsch dazu haben. Dieser ungedeckte Bedarf führt jährlich zu 80 Millionen ungewollten Schwangerschaften und 42 Millionen Schwangerschaftsabbrüchen, 20 Millionen davon unter unsicheren Bedingungen. Jedes Jahr sterben über 350.000 Frauen nach Komplikationen während der Schwangerschaft oder Geburt. 33 Millionen Menschen leben mit HIV, Hunderte von Millionen mit anderen sexuell übertragbaren Infektionen. In den ärmsten Ländern steigt der Anteil junger Menschen durch hohes Bevölkerungswachstum besonders an.

Dieser Problematik widmen sich Programme zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechten (SRG-R). Unsere SRGR-Programme bauen auf den anerkannten Forderungen der Weltbevölkerungskonferenz von Kairo (1994) nach selbstbestimmter, verantwortlicher Entscheidung im Umgang mit Sexualität und Familienplanung für alle auf. Sie gelten besonders für Frauen, beziehen Männer aber konsequent ein.

Unser Lösungsansatz

Wir setzen uns systematisch dafür ein, dass alle Menschen freien Zugang zu Informationen über sexuelle und reproduktive Gesundheit erhalten. Dieser Anspruch gilt grundsätzlich ohne Rücksicht auf Geschlecht, Lebensalter, Wohnort, soziale oder ethnische Zugehörigkeit. Der Wissenserwerb muss flankiert werden vom freien Zugang zu Verhütungsmethoden und Diensten – vom Kondom bis zur fachlichen Beratung bei der Familienplanung.

Wir unterstützen schwerpunktmäßig Verbesserungen im Gesundheitssektor. Doch berücksichtigen wir grundsätzlich

auch andere Sektoren, etwa Bildung und Rechtsprechung. In den Ausbildungsplänen der Schulen trägt Sexualerziehung wesentlich zur besseren Information und sicherem Sexualverhalten von Jugendlichen bei. In der Gesetzgebung können der Anspruch auf Familienplanung oder der Schutz vor sexueller Gewalt besser geregelt werden.

So unterstützen wir Partnerländer dabei, SRGR für den einzelnen Menschen sicherzustellen und ebenso in der nationalen Entwicklungsplanung zu berücksichtigen.

Leistungen

Sexualität und Reproduktion sind besonders sensible Themen. Unsere Leistungen passen sich der Nachfrage und dem Bedarf der Partnerländer an. Dabei verbinden wir wissenschaftlichen Erfolgsnachweis mit den je besonderen soziokulturellen Gegebenheiten.

Beratung bei der Umsetzung: Wir beraten Partnerinstitutionen bei der Fortentwicklung von Methoden, Techniken und Dienstleistungen, die zur sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der Wahrnehmung damit verbundener Rechte beitragen. Dazu zählen Familienplanung, Schwangerschaftsvorsorge, Geburtshilfe und nachgeburtliche Versorgung, die Behandlung sexuell übertragbarer Infektionen und die Verhütung der Mutter-Kind-Übertragung solcher Erkrankungen. Wir legen besonderen Wert auf die Verbesserung von Planung, Finanzierung und Management der Dienste. Wir fördern die Entwicklung und den Einsatz angepasster Lehrpläne und Lehrmaterialien, die kontinuierliche Weiterbildung von Personal sowie die kulturelle Angemessenheit der Dienstleistungsangebote. Dabei arbeiten wir mit staatlichen Stellen und mit Nicht-Regierungsorganisationen zusammen und fördern die Abstimmung mit allen



Entwicklungs partnern. Wir verknüpfen diese Angebote so miteinander, dass sie möglichst viele Menschen erreichen, und wir messen regelmäßig den erzielten Fortschritt.

Integration übergreifender Themen: Wir unterstützen Maßnahmen, die Schnittstellen zwischen SRGR, HIV und Gender aufgreifen – bei Sexualberatung, Safer-Sex-Programmen mit gefährdeten Gruppen, der Förderung der Rechte HIV-positiver Frauen, bei der Familienplanung und der Vorbeugung der Mutter-Kind-Übertragung der HIV-Infektion. Dadurch unterstützen wir das optimale Zusammenspiel der verschiedenen Ansätze.

Ihr Nutzen

Gute Dienste der sexuellen und reproduktiven Gesundheit ermöglichen es Frauen, eine sichere Schwangerschaft zu erleben. Sie bieten Paaren die bestmögliche Chance, ein gesundes Kind zu bekommen. Die positiven Wirkungen gerade der Familienplanung sind vielfältig und einzigartig für Gesundheitsmaßnahmen. Sie umfassen die Senkung der Mütter- und Kindersterblichkeit und die bessere gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe (Empowerment) von Frauen. Die Rechte aller Menschen auf ein Sexualleben frei von Ängsten (vor Diskriminierung, Krankheit oder ungewollter Schwangerschaft) werden gestärkt. Dies trägt zur Eindämmung unter anderem der HIV-Epidemie und zur Gendergerechtigkeit bei. Schließlich wirkt sich die verbesserte Familienplanung über den nachlassenden Bevölkerungsdruck positiv auf alle gesellschaftlichen Sektoren, auf Natur und Umwelt aus.

Ein Beispiel aus der Praxis

In Nepal ist Deutschland einer der wichtigsten bilateralen Geber im Bereich reproduktive und Müttergesundheit. Im Auftrag des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützen wir das Ministerium für Gesundheit und Bevölkerung bei der Umsetzung des Nationalen Gesundheitsplans. Im Mittelpunkt

steht der *Safe Motherhood Long Term Plan 2002-17*, der sich vor allem auf die Gesundheit von Müttern und Neugeborenen richtet. Ziel ist, eine umfassende geburtshilfliche Notfallversorgung in 60 Bezirken und 80 Prozent der Basisgesundheitsstationen einzurichten. Gefördert werden, neben der Bereitstellung und Ausbildung von medizinischem Fachpersonal, die Sicherstellung des Mutterschutzes, die Prävention der HIV-Übertragung von Mutter zu Kind und die Legalisierung von Abtreibungen. Durch finanzielle Anreize sollen Schwangere besseren Zugang zum öffentlichen Gesundheitssystem erhalten.

In enger Abstimmung mit Regierung und internationaler Partnergemeinschaft fördern wir den systemischen Reformansatz unter anderem durch die Erarbeitung von Leitlinien für Personalentwicklung, Medikamentenversorgung, Planung und Bau von Gesundheitstationen, Medizintechnik und Wartung ebenso wie bei der Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen.

Die gemeinsame Prioritätensetzung hat in Nepal zu einer beträchtlichen Senkung der Müttersterblichkeit beigetragen: War 1998 noch einer von fünf Todesfällen auf Schwangerschaft oder Geburt zurückzuführen, so war dies 2009 nur mehr einer von zehn. Im gleichen Zeitraum hat sich die Nutzung von empfängnisverhütenden Mitteln von knapp 23 Prozent auf 48 Prozent mehr als verdoppelt. Der Gebrauch von Kondomen ist stark angestiegen. Der Anteil der schwangeren Frauen, die mindestens eine pränatale Untersuchung in Anspruch nehmen, lag 1990 bei nur 15 Prozent und 2006 bei 44 Prozent, wenn auch mit erheblichen Unterschieden zwischen Stadt und Land.

Kontakt

Dr. Gerd Eppel
E gerd.eppel@giz.de
T +49 228 2493422-332
I www.giz.de

Impressum

Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft:
Bonn und Eschborn
Stand November 2014

Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5
65760 Eschborn
T +49 61 96 79-0
F +49 61 96 79-11 15
E info@giz.de
I www.giz.de